



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

Landesbüro Israel, Tel Aviv

Index

1. Zusammenfassung

2. Zentrale Entwicklungen in 2003/2004

- Vorläufiges Ende der Verhandlungen
- Forderungen nach dem Ende der Besatzung
- Der Zaun
- Regierung und politische Parteien
- Die Kommunen
- Wirtschaftliche Krise
- Abschiebungskampagne gegen Fremdarbeiter
- Die arabische Minderheit in Israel
- Landverteilungsdispute
- Frauen
- Ökologische Gerechtigkeit
- Israel in der Welt

3. Ausblick

Anmerkungen

1. Zusammenfassung

Zehn Jahre nach der Ratifizierung der Osloer Verträge, scheiterte die sogenannte Road-Map als bislang letzte internationale Verhandlungsgrundlage zur Schaffung einer dauerhaften israelisch-palästinensischen Friedensregelung im Herbst 2003 kurz nach ihrer Unterzeichnung in Jordanien. Seitdem bestimmen unilaterale Maßnahmen der israelischen Regierung die verfahrenere politische Situation im Nahen Osten. Die israelische Regierung fühlt sich sicher an der Seite des starken Verbündeten USA und akzeptiert keine Verhandlungspartner mehr auf palästinensischer Seite. Internationale Kritik an dem unilateralen Vorgehen Israels wird als einseitige Parteinahme für die Palästinenser und als Ausdruck vollkommenen Unverständnisses für die israelische Realität abgelehnt und verurteilt.

Infolge des aktuellen Rückgangs der Attentate sind die vielschichtigen sozialen und wirtschaftlichen Krisen wieder in den Vordergrund getreten. Die Regierung antwortet auf diese Herausforderungen mit einer rigiden Kürzungspolitik und verschärft damit die Probleme. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit der politisch Verantwortlichen, wirksame gesellschaftspolitische und ökonomische Konzepte zur Krisenbewältigung zu entwickeln, schwindet. Individuelle Lösungsstrategien bestimmen zunehmend das Selbstverständnis der Gesellschaft. Es gibt zwar keinen Mangel an kritischer Öffentlichkeit; sie hat aber auch weiterhin wenig Einfluss auf das politische Geschehen. Politikverdrossenheit und Resignation äußern sich in niedriger Wahlbeteiligung, sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien und fehlendem gesellschaftlichen Engagement des Großteils der Bevölkerung.

Der Verkauf öffentlicher Betriebe und die Reduzierung von Sozialleistungen sollen den Staatshaushalt entlasten und die Wirtschaft ankurbeln. Gleichzeitig wird versucht durch hohe Investitionen im Bereich der inneren und militärischen Sicherheit das Vertrauen der Bürger in den Staat zu stärken. Die Haushaltskürzungen und Teile der neueren Gesetzgebung (z.B. zur Beschränkung des Zuzugs nicht-jüdischer Einwanderer) richten sich gegen nicht-jüdische Bevölkerungsgruppen, die als Gefährdung für das jüdische, demokratische Israel wahrgenommen werden. Das Argument der „demographischen Bedrohung“¹ durch eine rasch wachsende Zahl arabischer Israelis, gewinnt an Zustimmung im politischen Establishment und unter der jüdischen Bevölkerung.

2. Zentrale Entwicklungen 2003/2004

Vorläufiges Ende der Verhandlungen

Im Juli 2003 gingen die Bilder des Handschlags zwischen dem palästinensischen Premier Mahmud Abbas Abu Mazen und Ariel Scharon anlässlich der Verabschiedung der Road-Map um die Welt – in Israel wurden diese Bilder aber keinen Tag lang ernst genommen. Die israelische Öffentlichkeit hatte von Anfang an kein Vertrauen in die Road-Map. Tatsächlich ging die Gewalt in Israel unmittelbar nach Verabschiedung der Road-Map weiter. Die wenigen vom israelischen Militär (IDF) geräumten „illegalen“ Siedlungen in der Westbank wurden sofort an einem anderen Ort wieder errichtet. Zahlreiche Attentate palästinensischer Terrorgruppen zwischen Juli und September verbreiteten Angst und Tod. Nach dem Rücktritt des palästinensi-

schen Premiers Abu Mazen im September 2003 war die Road-Map endgültig gescheitert. Das anfängliche Engagement der US-Administration kühlte im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in eine passiv-abwartende Haltung ab. Der israelisch-palästinensische Handschlag im jordanischen Aquaba ist für den Friedensprozess genauso ohne Folgen geblieben, wie die zehn Jahre zurückliegende Besiegelung des Oslo-Prozesses.

Forderungen nach dem Ende der Besatzung

Die im November 2003 bekannt gewordenen unilateralen Vorschläge Ariel Scharons zur Beilegung des Konflikts sind u.a. auch eine Reaktion auf israelisch-palästinensische Friedensinitiativen des Jahres 2003. Die „Peoples Initiative“ des ehemaligen Geheimdienstchefs Amy Ayalon und des Universitätsprofessors Sari Nusseibeh und der „Geneva Initiative“ der Politiker Abed Rabbo und Yossi Beilin, widerlegen die Behauptung der Scharon-Regierung, es gäbe keine Verhandlungspartner auf palästinensischer Seite. Beide Initiativen und die darin entwickelten detaillierten Pläne zu einer Zwei-Staaten-Lösung sind das Ergebnis gemeinsamer Arbeit israelischer und palästinensischer Verhandlungspartner. Durch Presse und mittels Hauswurfsendungen wurde die israelische Öffentlichkeit über die Details der Initiativen informiert, die Bürger wurden zu Stellungnahmen ermutigt und es wurden Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der Aktion durchgeführt. Die harsche Kritik von Politikern aller Parteien verhalf insbesondere der „Genfer Initiative“ zu viel Aufmerksamkeit und ausführlichen Debatten über ihre Vorschläge zur Teilung Jerusalems, der Regelung des Flüchtlingsproblems, sowie der Aufgabe von Siedlungen und der Festlegung künftiger Grenzen. Die Existenz von Alternativen zur Politik Scharons brachten dessen Regierung in Zugzwang, auch wenn eine Umsetzung der Vorschläge in der damaligen politischen Situation nicht realistisch erschien.

Parallel dazu führten Proteste von Soldaten, Piloten und hohen Offizieren aus den Reihen des israelischen Militärs seit Herbst 2003 zu einer Debatte über die hohen Kosten der Besatzung der palästinensischen Gebiete. Im Oktober machte der „Brief der Piloten“ national und international Furore. Darin wandten sich 30 Elitereservisten der Luftwaffe gegen die Besatzung und verweigerten den Dienst in den palästinensischen Gebieten. Einige Wochen später kritisierten vier ehemalige Geheimdienstchefs in einem Gruppeninterview die Besatzungspolitik Scharons und forderten einen Abzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Gebieten. Die Initiatoren betonen das Recht und die Notwendigkeit der Verteidigung Israels, sie aber verweigern den Dienst in der Westbank und dem Gaza. Mit verschiedenen Veranstaltungen und Ausstellungen informierten Angehörige des Militärs die israelische Öffentlichkeit über die Situation in den besetzten Gebieten und den Alltag der Militäreinsätze in den palästinensischen Gebieten.

Ministerpräsident Sharon stellte im Dezember 2003 seinen unilateralen Abzugsplan, die Räumung der israelischen Siedlungen und den Abzug des Militärs aus Gaza vor. Er übernahm wieder die politische Initiative, indem er auch eine alte Forderung der Friedensbewegung nach dem Ende der Besatzung – in diesem Fall aber nur bezogen auf Gaza – einzulösen versuchte. Die Initiatoren der Genfer Initiative versuchten vergeblich die Kurzsichtigkeit und die Gefahren einer einseitigen Politik ohne Einbeziehung der palästinensischen Seite in der Öffentlichkeit zu problematisieren. Dieser Versuch schlug fehl, weil eine breite Mehrheit der Israelis die palästinensische Führung nicht mehr als Verhandlungspartner akzeptiert. Die regelmäßigen Meldungen über vereitelte Selbstmordanschläge, anti-israelische Kundgebungen der Hamas in den palästinensischen Gebieten und Gefechte des israelischen Militärs mit militanten Gruppen in den Gebieten trugen zur Verfestigung dieser Meinung bei. So mussten sich letztendlich auch die Befürworter bilateraler Verhandlungen für die Durchführung unilateraler Maßnahmen als ersten Schritt aussprechen. Sharon konnte Ende 2003 zwar noch nicht seine Partner in der Regierungskoalition überzeugen, hatte jedoch die Gewissheit, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft seine Strategie des Unilateralismus unterstützt.

Der Zaun

Der Bau der Zaun- und teilweise Mauer-Anlage zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten, die offiziell Sicherheits- oder Trennungszaun genannt wird, stößt in der israelischen Bevölkerung auf breite Zustimmung: 80% der Israelis unterstützen die im Herbst 2002 begonnene Konstruktion, die seit Sommer 2003 Stück für Stück vorangetrieben wird. Die internationale Kritik am Zaunbau verkennt häufig die Gründe für diese breite Zustimmung. Die Notwendigkeit der Errichtung der Sperranlagen scheint durch den Rückgang der in Israel verübten Selbstmordattentate, eine leichte wirtschaftliche Erholung und langsam wieder steigende Touristenzahlen bestätigt zu werden. Die Kritik am Verlauf des Zaunes findet auch in Israel zunehmende Unterstützung, die grundsätzliche Existenz der Sperranlagen wird aber befürwortet.

Regelmäßige Berichte über die negativen Folgen für die palästinensische Bevölkerung durch den Verlauf des Zauns östlich der grünen Linie konterkarrieren die Absicht der Regierung, durch das Bauwerk den Alltag der Palästinenser in der Westbank „auszublenzen“. Reportagen über Grenzdörfer, deren Bevölkerung durch den Zaun faktisch eingesperrt und von ihren Feldern und Plantagen abgeschnitten wird, die Zerstörung von Häusern, Kindergärten und Schulen für die Anlage, sowie Fernsehbilder der acht Meter hohen Betonmauer, die Ost-Jerusalem von dem palästinensischen Dorf Abu Dis trennt, erregten die israelische, wie die internationale Öffentlichkeit. Die Verletzung eines israelischen Zaungegners durch ein Gummigeschoss der israelischen Armee bei einer Demonstration gegen den Zaun führte zu ungewöhnlich breiten Diskussionen über die, seit Beginn des Baus, relativ unbemerkt protestierenden israelischen Friedensaktivisten.

Nach mehreren Klagen palästinensischer Gemeinden klagten im Frühjahr 2004 erstmals Bewohner einer israelisch-jüdischen Gemeinde (Mevasseret Zion) im Einzugsbereich Jerusalems gemeinsam mit Bewohnern des palästinensischen Nachbardorfes gegen den Bau der Trennungsanlagen. Erstmals wurde deutlich, dass der Zaun auch gute Nachbarschaftsbeziehungen zerstört, auch gegen die Interessen jüdisch-israelischer Gemeinden. Im Juli 2004 verfügte das Oberste Gericht Israels eine Korrektur und den Abriss von Teilabschnitten des Zauns. Nach dem Urteil des Gerichts dienen die Einschränkungen der palästinensischen Bevölkerung nicht der Sicherheit Israels, was aber grundsätzlich bei der Planung des Verlaufs abgewogen werden muss. Das Urteil wendet sich allerdings nicht grundsätzlich gegen den Verlauf des Zauns östlich der grünen Linie aus Sicherheitsgründen. Paradoxerweise bringt die juristische und öffentliche Debatte erstmals seit langem einzelne Gruppen der palästinensischen Bevölkerung mit ihren Protesten gegen den Zaunbau (z. B. Bauern mit Olivenhainen und Familien mit schulpflichtigen Kindern im Gebiet der Zaunanlage) der israelischen Öffentlichkeit wieder näher und durchbricht die stereotype Gleichsetzung von Palästinensern mit Terroristen.

Das Verfahren gegen den Bau des Zauns vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag im Frühjahr 2004 erschien der israelischen Gesellschaft als eine unverständliche, anmaßende Einmischung. Aus israelischer Sicht ist der Zaunbau eine unvermeidliche Sicherheitsmaßnahme, deren Notwendigkeit durch die jüngsten positiven Entwicklungen bestätigt wird. Die Beurteilung der Umsetzung dieser Schutzmaßnahme kann deshalb keinem internationalen Gremium überlassen werden. Die Differenziertheit des Urteils, das den Bau einer Sicherheitsanlage auf israelischem Gebiet nicht in Frage stellt, sondern ihren Verlauf innerhalb der grünen Grenze kritisiert und die Entschädigung enteigneter Palästinenser fordert, wurde in Israel kaum wahrgenommen. Insofern war die Wirkung des Urteils auf die israelische Öffentlichkeit negativ und führte zu einer weiteren Entfremdung gegenüber der EU.

Regierung und politische Parteien

Die Regierung unter Ministerpräsident Ariel Scharon manövrierte sich im Verlauf der vergangenen zwölf Monate durch mehrere Koalitionskrisen und hielt ihre politischen Partner in der Verantwortung. Diese waren dadurch gezwungen, wiederholt Abstand von ihren Wahlaussagen und -versprechen zu nehmen. Die Likud-Partei ist über den Abzug aus Gaza zerstritten. Eine Spaltung würde die zur Zeit sichere Überlegenheit bei kommenden Wahlen gefährden und wird allein deswegen vermieden. Likud bleibt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der internen Probleme ihrer Koalitionspartner unangefochten die absolut dominierende Kraft in der Regierung.

Die Schinui-Partei ging als Verfechterin einer anti-religiösen Politik und der Bekämpfung der Korruption mit prozentualen Zugewinnen als Siegerin aus den Wahlen 2003 hervor. Mittlerweile ist ihr Engagement zur Durchsetzung ihrer ehemals vertretenen Positionen im Rahmen der Regierungsarbeit nahezu unsichtbar. Die staatlichen Budgetkürzungen in verschiedenen Bereichen treffen ihre Wählerschaft in der Mittelklasse besonders stark. Parteiinterne Skandale karikieren die Eigendarstellung der Partei: Durch einen veröffentlichten Mitschnitt wurde bekannt, dass die Beschattung des amtierenden Innenministers Poraz von seinem Parteifreund Infrastrukturminister Paritzky angeordnet worden war. Der zunächst von Schinui gehegte Plan durch eine Regierungsbeteiligung der Arbeitspartei die religiösen Parteien aus der Koalition zu drängen, darf als gescheitert angesehen werden. Im Likud wird vor einem linken Chaos-Kabinett gewarnt. Mittlerweile hat auch die Schas-Partei Koalitionsgespräche mit Scharon aufgenommen. Trotz all dieser Entwicklungen ist es möglich, dass die Schinui-Partei, aufgrund ihrer anti-religiösen Agenda und aus Mangel an politischen Alternativen, auch bei kommenden Wahlen erfolgreich sein wird.

Die Arbeitspartei und ihr Vorsitzender Schimon Peres warten auf eine Einladung in die Regierung. Sie fordern in diesem Zusammenhang Änderungen an dem vom jetzigen Kabinett verabschiedeten Gaza-Beschluss. Die Arbeitspartei würde in der Knesset allerdings auch ohne Regierungsbeteiligung für den Abzug aus Gaza auf der Grundlage von Scharons Vorschlägen stimmen.

Bisher wurden die zwei Vertreter der Siedlerpartei wegen Ablehnung des Gaza-Plans aus der Regierungskoalition ausgeschlossen. Ein Minister der Nationalen Religiösen Partei verließ das Kabinett, ein weiterer blieb aber trotz des Planes in der Regierung. Ein Rücktritt Scharons wegen der Auseinandersetzungen über den Gaza-Plan ist angesichts der vielfältigen Regierungsumbildungsmöglichkeiten unwahrscheinlich.

Die neu formierte linke, sozialdemokratische Partei Yachad unter der Führung von Yossi Beilin ist derzeit um den Aufbau ihrer Basis bemüht. Sie versucht ihre außerparlamentarische Arbeit durch neue Themen wie Sozial-, Familien- und Bildungspolitik zu erweitern. Meretz, ihre Vorgängerpartei, änderte bisher lediglich ihren Namen, ohne aber neue Programme zu entwerfen. Die linke Opposition hat ihre Wahlschlappe vom Januar 2003 noch nicht verarbeitet und keine neuen Ideen und Strategien entwickelt, sondern hofft lediglich auf Wählerstimmen aus dem Lager der desolaten Arbeitspartei. Grundsätzlich fehlen Visionen für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich mit realistischen Plänen aktueller Probleme wie der wachsenden Armut durch Arbeitslosigkeit annimmt. Auch die junge Generation wird bisher von keiner der neuen Parteiformationen angesprochen.

Premier Ariel Scharon drohten 2003 drei Ermittlungsverfahren: wegen illegaler Umwidmungen von Grundstücken während seiner Zeit als Infrastrukturminister, illegaler Bezahlung von Rückforderungen von Wahlkampfgebern und überhöhter Honorarzahungen an einen seiner Söhne im Zusammenhang mit einer Ein-

flussnahme auf Mitglieder der griechischen Regierung zugunsten von Baumaßnahmen auf einer griechischen Insel. Im Juni 2004 wurde Scharon von dem neu ernannten Generalstaatsanwalt Benny Mazuz von den Vorwürfen im Zusammenhang mit der „Greek Island Affair“ freigesprochen. Die anderen Verfahren sind nach den Ermittlungen eingestellt worden.

Neben den Vorwürfen gegen Scharon häuften sich auch gegen andere Parlaments- und Regierungsmitglieder Anschuldigungen wegen Korruption, Beschattungen und Veruntreuungen. Der Polizeiminister wurde nur knapp von Korruptionsvorwürfen entlastet. Abgeordnete verloren ihre Immunität, um eine Untersuchung von unrechtmäßig erhaltenen Vergünstigungen zu ermöglichen.

Der jährliche Bericht des Obersten Staatlichen Rechnungsprüfers, Eliezer Goldberg, zur unabhängigen Kontrolle der Exekutivorgane, deckte auch 2003 abermals Finanzierungsvorgänge auf, die unter Umgehung des israelischen Parlaments abliefen. Mit einer rufschädigenden Kampagne wurde versucht zu verhindern, dass der Oberste Gerichtshof mit einer Staatsanwältin besetzt wird, die für die Anklage von Scharon in dem Greek Island Skandal plädierte. Schließlich wurde bekannt, dass der später ernannte, neuen Generalstaatsanwalt Benny Mazuz dafür verantwortlich war. Die genannten Affären und Skandale, bzw. deren Verdeckung und Nichtaufklärung, haben das ohnehin geringe Vertrauen der Bürger in die Integrität und Funktionstüchtigkeit des israelischen Regierungssystems weiter erschüttert.

Die Kommunen

Die Kommunalwahlen im Oktober 2003 verzeichneten mit 41% die geringste Wahlbeteiligung seit der Gründung des Staates Israel. Die großen Parteien Likud und Arbeitspartei verloren in den großen Städten Stimmen, besonders an kleinere Interessengruppen. Im Stadtrat von Tel Aviv stellt die Partei der Pensionäre seitdem die stärkste Fraktion. Auffällig war ebenfalls, dass die Vertreter der russischen Minderheit, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, die Mehrzahl ihrer Bürgermeister- und Stadtratssitze verloren haben. Im Wahlverhalten der russischen Einwanderer spiegelt sich deutlich eine Ausdifferenzierung: in die junge Generation, die sich zunehmend in das bestehende israelische System integriert, und eine konservative Gruppe älterer Immigranten, die ein politisches Inseldasein führt.

Die drastische Streichung nationaler Subventionen führte 2003 bei einem Drittel der Gemeinden zum Bankrott. Als Folge wurden monatelang Löhne kommunaler Angestellter und Arbeiter nicht ausgezahlt. Warnstreiks von Gemeindeangestellten führten nur kurzfristig zu einer Wiederaufnahme der Lohnzahlungen. Die umstrittene Kommunal-Reform, die in den vergangenen Monaten implementiert wurde, hat keine Abhilfe aus der desolaten Situation geschaffen, denn in der Regel wurden wirtschaftlich gleichrangige Kommunen zusammengelegt. Dadurch wurde eine mögliche bessere Verteilung der Steuermittel durch eine sozio-ökonomische Durchmischung verhindert.

Als Reaktion auf die finanziellen Probleme der Kommunen wurden zahlreiche ihrer Aufgaben von der nationalen Regierung zentralisiert. Auf der lokalen Ebene gewann gleichzeitig ein Netz von Bürgerinitiativen an Bedeutung, die an Problemen in ihrer unmittelbaren Umgebung arbeiten. Sie bemühen sich um neue politische Wege und Lösungsmöglichkeiten und um Mittel aus dem Dritten Sektor. Rechenschaftspflicht der Verwaltung und aktive Bürgerbeteiligung werden eingefordert. Initiativen zur öffentlichen Diskussion des Verlaufs einer Straßenbahn, zum Rechtsschutz gegen den Abriss ohne Baugenehmigung gebauter Häuser², oder die Planung von Agenda 21-Prozessen sind Beispiele von aktiver Bürgerpolitik unterhalb der Parlaments- und Regierungsebene. Ein weiteres Beispiel sind Initiativen, die gegen die geplante Abgrenzung sozio-ökonomisch unterschiedlicher Stadtteile oder benachbarter armer und reicher Gemeinden und damit eine gezielte Ghettoisierung, kämpfen. Proteste und Kampagnen der betroffenen Bevölkerung lenkten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Verwaltungen auf die Aufschüttung von Wällen in den Gemeinden Lod, Ramle und Caesaria gegen angrenzende Armenviertel. Die schwächsten Teile der israelischen Gesellschaft, dazu zählen u.a. arabische Bürger, orientalische Juden sowie Neueinwanderer, die sich nicht rasch integrieren konnten, werden ausgegrenzt. Verschiedene Initiativen und Einrichtungen versuchen die betroffenen Bürger durch Aufklärungs- und Bildungsprogrammen zu unterstützen und ihnen ein politisches Gewicht zu geben.

Wirtschaftliche Krise

In den vergangenen zehn Jahren stieg in Israel das Einkommen der oberen 10% der Bürger vom 30fachen auf das 36fache des Mindesteinkommens, während 72% im Jahr 2003 weniger als das Durchschnittseinkommen (7000 NIS = ca 1300 Euro) verdienen³. Am unteren Rand der Gesellschaft nimmt die Armut weiter zu, besonders davon betroffen sind Frauen.

Die Belebung der Konjunktur im ersten Quartal 2004 und der Aufschwung besonders des High-Tech-Sektors haben sich bisher nicht positiv auf den Arbeitsmarkt oder auf die gewerbliche Entwicklung ausgewirkt. Die Arbeitslosenrate bewegt sich landesweit auf einem Niveau von über 11% und die Inflation steigt. Ausländische Investitionen fehlen seit drei Jahren praktisch gänzlich. Der Tourismus-Sektor hat sich zu Beginn des Jahres 2004 zwar wieder etwas erholt, liegt aber noch weit unter dem Niveau des Jahres 2000 und der davor liegenden Jahre.

Angestellte des öffentlichen Diensts – Lehrer, Erzieherinnen, Krankenschwestern und -pfleger – und Betriebe mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad antworteten auf Kürzungen der Pensionskassen

mit wochenlangen Streiks und Forderungen nach ausstehenden Lohnzahlungen. Die Streiks chaotisierten im Herbst 2003 das öffentliche Leben, während es im privaten Sektor nahezu unbemerkt zu Massenentlassungen kam. Die Privatisierung erfasst auch ehemals staatliche Betriebe wie die Wasser- und Elektrizitätswerke. 2003 wurde das Wassergesetz zur langfristigen Privatisierung der Wasserversorgung verabschiedet und 2004, weitgehend ohne öffentliche Debatte, in die Tat umgesetzt. Die Garantie einer Grundversorgung der Bürger mit dem öffentlichen Gut Wasser ist bislang nicht geplant. Gleichzeitig wurden teure Entsalzungsanlagen weiter mit staatlichen Mitteln errichtet. Alternative, kostengünstigere Anlagen wurden nicht in Erwägung gezogen, und Profitmargen für Investoren wurde nicht festgelegt.

Trotz anhaltender wirtschaftlicher Krise und knapper werdender öffentlicher Kassen, verhält sich die israelische Öffentlichkeit wenig kritisch gegenüber der kostspieligen Siedlungspolitik der Sharon-Regierung. Obwohl knapp die Hälfte der Bürger die Siedlungen als schwere finanzielle Belastung des öffentlichen Haushalts kritisiert, ist dies kein Thema einer breiten Diskussion. So wurde im Bericht des obersten staatlichen Rechnungsprüfers aufgedeckt, dass Siedlungsbauten in der Westbank im Laufe des Jahres 2003 durch das Infrastrukturministerium des ultra-orthodoxen Ministers Effi Eitan ohne parlamentarische Zustimmung weiter finanziert wurden, aber der erwartete Sturm einer öffentlichen Entrüstung blieb aus. Im Frühjahr 2004 bewilligte das zuständige Knesset-Komitee knapp 100 000 NIS für den weiteren Bau von Siedlungen in Ost-Jerusalem und der Westbank. Die Regierung versucht ihre Siedlungspolitik gegenüber den USA möglichst undurchsichtig und damit wenig angreifbar zu machen.⁴ Der Unmut gegen die Siedler in Teilen der Bevölkerung ist nicht wirtschaftlich begründet, sondern liegt in der schwindenden Bereitschaft, das Leben israelischer Soldaten für nicht nachvollziehbare politische Ziele aufs Spiel zu setzen.

Der von großem Echo in der Presse begleitete Marsch der alleinerziehender Mütter gegen die im Juli 2003 in Kraft getretenen Maßnahmen zum Sozialabbau verschwand im Herbst 2003 wieder von der öffentlichen Tagesordnung. Die Streichung bisheriger Einkommensgarantien halbierte die Haushaltsbudgets vieler israelischer Geringverdiener von heute auf morgen. Aus den USA importierte Sozialreformen, etwa der sogenannte Wisconsin-Plan, wurden nur teilweise umgesetzt. Mittel zur Finanzierung von Aus- und Fortbildung und Reintegration in die Arbeitswelt fehlen weiterhin. Laut Armutsstatistik lebt jedes fünfte Kind unterhalb der Armutsgrenze.

Abschiebungskampagne gegen Fremdarbeiter

Im Herbst 2002 kündigte die Regierung die schrittweise Ausweisung aller bis dato angeworbenen Fremdarbeiter (schätzungsweise 300 000) an, um die steigende Arbeitslosigkeit in Israel zu stoppen. Aufrufe zur Denunziation machten Schlagzeilen, die „Operation Voluntary Departure for Families of Foreign Workers“ wurde seit Sommer 2003 zum Synonym für die Inhaftierung und Abschiebung von Kindern von Fremdarbeitern. Als Reaktion unter anderem auf die negative Medienberichterstattung über die Abschiebepaxis erließ das Innenministerium im Juni 2004 eine Verordnung, die in Israel geborenen Kindern ab einem Alter von acht Jahren den Erwerb der israelischen Staatsangehörigkeit ermöglicht.

Seit 2003 stieg zwar die Zahl der Abschiebungen, paradoxerweise wurden aber gleichzeitig neue Fremdarbeiter angeworben. Denn die kurzfristigen Auswirkungen einer plötzlichen Ausreise von ca. 100 000 Arbeitskräften auf die israelische Wirtschaft und folglich ein Mangel an Arbeitskräften im Niedriglohnsektor waren von den politisch Verantwortlichen nicht bedacht worden. Insgesamt ist die Politik in diesem Bereich äußerst unglaubwürdig. So wurden von Seiten des Staats nahezu gleichzeitig Abschiebung und Anwerbung verordnet. Auf der anderen Seite gab es keine Sanktionen gegen Unternehmen, die illegale Fremdarbeiter beschäftigen.

Eine Reihe von Fällen eklatanten Missbrauchs inhaftierter illegaler Fremdarbeiter kam 2003 an die Öffentlichkeit. So etwa die Praxis, inhaftierte Fremdarbeiter auf Anforderung von Firmen für den benötigten Zeitraum wieder zu entleihen und dann endgültig abzuschicken.⁵ Seit Februar 2003 fungiert das erst 2000 eröffnete Nobel-Hotel „Renaissance“ in Nazareth nach seinem Umbau als Abschiebungsgefängnis für 500 Häftlinge, mit täglich ca. 50 Neueinlieferungen und Abschiebungen.⁶ Angesichts dieser Entwicklung konzentrieren sich Menschen- und Arbeitsrechtsorganisationen neben der Öffentlichkeitsarbeit vor allem auf die Beratung und rechtliche Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Fremdarbeiter.

Eine besondere Gruppe sind Frauen, die von einem kriminellen Netzwerk von Menschen- und Frauenhändlern meist aus ost-europäischen Ländern zur Prostitution nach Israel gebracht werden. Die Aktivitäten dieses Netzwerks und Details über seine Verbindungen in Israel werden erst langsam in der Öffentlichkeit bekannt. So ist man mittlerweile sicher, dass es mit Unterstützung durch israelische Behörden arbeitet. Trotz der bei der Polizei seit 2002 eingesetzten Sonderprogramme zur Sensibilisierung und Aufklärung über Frauenhandel, ist von einer erheblichen Beteiligung von Polizisten an diesem Geschäft auszugehen.⁷

Die arabische Minderheit in Israel

Neben den Anfeindungen durch rechte Politiker und einer offenen Benachteiligung in Gesetzgebung und Verwaltungspraxis sind arabische Israelis einer diskriminierenden Verteilung öffentlicher Mittel ausgesetzt. Nur 4% des Entwicklungshaushalts 2004 wurde für arabische Gemeinden vorgesehen. 60% der arabischen Kinder und 44% der arabischen Familien in Israel leben unterhalb der Armutsgrenze. Das Durchschnittseinkommen arabischer Bürger (4472 NIS = ca. 813 Euro) beträgt 60% dessen jüdischer Israelis. Trotz Arbeits-

losenzahlen von bis zu 40 % wurden die Arbeitslosenbüros arabischer Gemeinden (etwa Kfar Kanan) 2004 geschlossen.

Die Schulabbrecherquote arabischer Schüler liegt mit 12% doppelt so hoch wie die jüdischer israelischer Schüler.⁸ Ende 2003 wurden nach einjähriger Aussetzung die psychometrischen Examen wieder für die Universitätsaufnahme eingeführt. Nachgewiesenermaßen war durch den Wegfall des Tests der Zugang arabischer Studenten erleichtert worden. Durch den Ausschluss arabischer Israelis von Tätigkeitsbereichen mit Sicherheitsrelevanz wird gut ausgebildeten Berufsanfängern der Zugang zu Entscheidungs- und Machtzentren des Landes versperrt.

Trotz Protesten wurde die Gültigkeit des zunächst für ein Jahr verabschiedeten „Israeli Citizenship Law“ im Sommer 2004 von der Knesset um weitere sechs Monate verlängert. Durch dieses Gesetz wird der Zuzug von Ehepartnern israelischer Bürger „aus der Region“ beschränkt. Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 21 000 arabisch-israelische und palästinensische Familien aufgrund des Gesetzes bedroht sind, auseinander gerissen oder aus Israel vertrieben zu werden.⁹

Das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Israelis in den großen gemischten Städten Akko, Lod, Jaffa, Haifa und Yavne ist problembeladen. Die arabischen Stadtteile sind zumeist verarmt, vernachlässigt und ohne eine ausreichende öffentliche Infrastruktur. Trotz gemischt besetzter Verwaltungen, sind den arabischen Bewohnern Zugänge zur Mitbestimmung auf lokaler Ebene begrenzt, da ihnen wichtige informelle Netzwerke nicht zur Verfügung stehen.

Umfragen der Haifa Universität weisen eine feindliche Einstellung großer Teile der jüdischen Israelis gegenüber der arabischen Bevölkerung nach: Über 60% der jüdischen Befragten befürworteten staatliche Anreize zur Unterstützung der Emigration der arabischen Bürger Israels. Über 45% stimmten der Begrenzung des Wahlrechts und der Ausübung eines politischen Amtes durch arabische Israelis zu.¹⁰ Nur wenige israelische Medien sind bemüht dem Bild der arabischen Bevölkerung „als fünfter Kolone“ entgegenzutreten, wie dies die liberale Tageszeitung Ha'aretz¹¹ in ihrer Wochenendausgabe im Mai 2004 erstmalig tat. Dort wurde die Situation der arabischen Israelis aus dem Blickwinkel von Sozialwissenschaftlern, palästinensischen Aktivisten, Jugendlichen, Politikern und Journalisten in ausführlicher Form dargestellt.

Landverteilungsdispute

Für Neubauten von Wohnhäusern in arabischen Gemeinden werden schon seit der Staatsgründung nur in Ausnahmefällen Baugenehmigungen erteilt.¹² Nachbarschaftsorganisationen und Interessengruppen der betroffenen Bevölkerungsteile protestieren regelmäßig gegen den Abriss von Gebäuden, die ohne Genehmigung gebaut wurden. Sie setzen sich für eine gerechte Landverteilung und die Erteilung von Baugenehmigungen unabhängig vom ethnischen Hintergrund der Antragssteller ein. Aufgrund der Praxis der Behörden fehlt 47 Siedlungen von Beduinen im Negev die staatliche Anerkennung und folglich sind sie von den staatlichen Versorgungsleistungen ausgeschlossen. Nach dem Plan der Behörden, sollen deren Bewohner in neun staatlich anerkannte Beduinenstädte im Negev umgesiedelt werden. Ein 2003 verabschiedeter Plan der Regierung, der auch die Räumung von nicht-erkannten Dörfern vorsieht, wird durch verstärkte Polizeipräsenz im Negev befördert. Während die Israeli Land Administration (ILA) Beduinenfamilien den Erwerb neu parzellierten Baulandes im Negev verweigerte, wurde der Zuschlag des Gebietes Givat Bar stattdessen jüdischen Antragstellern gegeben. Die beduinische Bevölkerung wird durch die Landverteilungsprogramme der ILA auch dadurch diskriminiert, dass diese sich häufig ausschließlich an ehemalige Soldaten richten.¹³ Darüber hinaus wurde bekannt, dass die ILA mit für die Entwicklung des Negev bestimmten Geldern über einen langen Zeitraum auch Siedlungen im Gaza-Streifen subventionierte.

Auch zwischen den jüdischen Gemeinden im Negev ist die Landverteilung häufig ungerecht. Die in den 60er Jahren entstandenen sogenannten Entwicklungsstädte für die Neueinwanderer liegen zwar in der Nähe von Industrieparks. Steuerrechtlich gehören sie aber zu den kleineren benachbarten Kibbutzim, denen sie lukrative Einnahmen bescherten. Die Bürgermeister der Städte Dimona und Arad traten 2004 in einen Streik, um die Umwidmung der Steuereinnahmen aus den Industrieparks zu Gunsten ihrer Städte zu erwirken.

Frauen

In der beduinischen Bevölkerung ist die Situation von Frauen aufgrund von Armut, frauenfeindlichen Traditionen und der politischen Schwäche der Beduinen besonders problematisch. Lediglich durch die Förderung weniger Familien, die für Fortschritt und Erziehung auch für Frauen aufgeschlossen sind (den sogenannten Hamulas), und durch eine gezielte Vergabe von Stipendien wird es jungen Beduinen ermöglicht zu studieren. Die Absolventinnen der Universität in Beer Sheva und der umliegenden Fachhochschulen sind häufig auch die Gründerinnen von Initiativen wie dem Bedouin Womens Forum, das für eine bessere Erziehung, Gesundheitsversorgung und kommunale Anerkennung der nicht-erkannten Dörfer arbeitet, ohne den Rahmen beduinischer Tradition zu verlassen. Von beduinischen Frauen wird problematisiert, dass die traditionelle Rolle der Frauen in den nicht-erkannten Dörfern mit bestimmten Aufgaben und Rechten verbunden ist, während die Frauen in den Städten diese traditionelle Rolle verlieren und keinerlei Möglichkeiten für Fortbildung oder Aktivitäten außerhalb der Familie haben.

Die Mobilität der Frauen in arabischen Dörfern ist sehr eingeschränkt. Sozialstrukturen und gesellschaftliche Vorstellungen binden sie nach wie vor an das Haus der Familie. Sie dürfen es nur dann verlassen, wenn

dafür ein akzeptierter Grund besteht, etwa in Verbindung mit der Kinderbetreuung oder Erwerbstätigkeit. Verschiedene lokale Initiativen bieten Fortbildungen an oder auch Kurse für Kinder, die Gelegenheit für das Zusammenkommen und den Austausch unter Frauen bieten. Ein gelungenes Beispiel für die Selbstorganisation arabischer Frauen ist die Interessenvertretung von Erzieherinnen in der Stadt Akko. Die Arbeitslosigkeit von Frauen im gesamten arabischen Sektor wird als verhältnismäßig hoch eingeschätzt, eine systematische Ursachenforschung befindet sich erst im Aufbau.

Ökologische Gerechtigkeit

Die Verbindung ökonomischer mit ökologischen Problemlagen verleiht den Forderungen israelischer Umweltgruppen neues Gewicht. Die Beispiele sind zahlreich. So wächst etwa das öffentliche Interesse an den Ursachen der Vergiftung der Wüste Negev durch Industrieabgase und -abfälle und den gesundheitlichen Folgen für die dortigen Bewohner. Ramat Hovav ist das größte Industriegebiet des Negev mit Chemiewerken, Bromproduktionsstätten und einer Giftmülldeponie, in deren Nähe insgesamt 350 000 Menschen wohnen. Der größte Teil davon sind Beduinen in nicht-anerkannten Dörfern. Die Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen wuchs seit 1996 um 50%.¹⁴ Die Sterblichkeit liegt 65% höher als in vergleichbaren Regionen in Israel.¹⁵

Nach Studien der Ben-Gurion-Universität ist die doppelt so hohe Fehlgeburtenrate, nicht auf innerfamiliäres Heiraten zurückzuführen, sondern sie steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Kontamination der Umgebung.

Obwohl die Datenerfassungsmethoden und Berichte des Umweltministeriums beispielsweise über die Verschmutzung und Vergiftung von Flüssen, Böden oder Luft detailliert und hoch entwickelt sind, werden sie politisch kaum wahrgenommen. Hier besteht ein wichtiges Aufgabenfeld für Umweltorganisationen, diese Daten der breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen. Die Kürzung des Gesamtetats des Umweltministeriums um 40% im Budget 2004 veranschaulicht den geringen Stellenwert des Themas Ökologie gegenüber den „harten“ politischen Themen wie Sicherheit.

Andererseits waren die Verabschiedung des „Plans zu Nachhaltiger Entwicklung in Israel“, die Ernennung von „Beauftragten für die Nachhaltige Entwicklung“ in allen Ministerien und die Verpflichtung zur Berichterstattung im Jahr 2003 ein großer umweltpolitischer Erfolg. Die Durchsetzung des Plans war das Verdienst einer Koalition von NGOs, die den Plan entworfen und für seine Verabschiedung in Folge des Weltgipfel in Johannesburg 2002 gesorgt haben. Der erste Monitoring-Bericht über die Fortschritte der Umsetzung in den jeweiligen Behörden wird Ende 2004 vom Umweltministerium vorgelegt. Aufbauend auf dem Prinzip der Schattenberichte zu UN-Berichten, wird die israelische Umweltbewegung mit dem Netzwerk zur Beobachtung des Planes einen alternativen Bericht erst in Israel vorlegen und dann im Frühjahr 2005 der Commission on Sustainable Development der UN präsentieren.

Israel in der Welt

Die israelisch-europäischen Beziehungen wurden im vergangenen Jahr mehrmals auf die Probe gestellt. Die unklaren Beweggründe für die Verzögerung der Veröffentlichung der Antisemitismus-Studie der Europäischen Kommission rief erhebliches Misstrauen hervor. Die in der EU durchgeführte und im November 2003 veröffentlichte Meinungsumfrage, nach der Israel – vor dem Iran, Nordkorea und den Vereinigten Staaten – als die größte Bedrohung des Weltfriedens angesehen wird, erschreckte viele Israelis. Verweise auf das Engagement der Europäer bei Friedensverhandlungen verklangen ohne Wirkung.

Deutschland wird nach wie vor als israel-freundlichster europäischer Staat betrachtet. Rüstungsverkäufe (U-Boote) und das regelmäßige Engagement für die Einbeziehung Israels in Programme der Europäischen Union bestärken das enge deutsch-israelische Verhältnis. Eine stärkere Rolle Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft wird in Israel nicht beargwöhnt. Eine damit verbundene Befreiung Deutschlands von seiner Geschichte bedeute nicht die Verdrängung oder gar Verneinung dieser Geschichte.

Die Verbindungen zu den USA gelten nach wie vor als stabil und verlässlich. Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Kerry hat keine Anzeichen dafür gegeben, dass die USA unter einer vom ihm geführten Regierung auf Distanz zu Israel zu gehen könnten. Erwartungen einer wesentlichen Änderung des Verhältnisses der USA zu Israel nach den Präsidentschaftswahlen erscheinen verfrüht.

3. Ausblick

Israel wird – nach den Plänen Scharons – ab Sommer 2005 seine Truppen zumindest teilweise aus dem Gaza-Streifen abziehen. Bis dahin soll ein Großteil der Siedler den Gaza-Streifen freiwillig und gegen Entschädigungen verlassen haben. Eine Regierungsumbildung wird wahrscheinlich, sobald die ersten Schritte dieses Plans umgesetzt werden. Siedler, die sich weigern zu gehen, sollen ab Frühjahr 2005 in den Siedlungen festgenommen und evakuiert werden. Die militärische Präsenz Israels im Gaza-Streifen soll gleichzeitig reduziert und flexibilisiert werden.

Ohne eine zumindest teilweise erfolgreiche Umsetzung des Abzugsplans und einer gleichzeitigen Betonung, dass die Beendigung der militärischen Kontrolle der palästinensischen Gebiete im Gesamtinteresse Israels liegt, wird es keine Mehrheit in der israelischen Bevölkerung für weitere Verhandlungen mit den Palästinensern geben.

Vorgezogene Parlamentswahlen in Israel entsprechen nicht dem Interesse der jetzigen Regierungsmehrheit und der anderen Parteien in der Knesset. Deshalb werden sie vorraussichtlich bis November 2006 hinausgezögert. Die möglichen Ergebnisse für die Schinui und Yachad lassen sich derzeit nur schwer prognostizieren. Ein Konzept für die notwendige Sanierung der Arbeitspartei fehlt nach wie vor. Es wird, durch die im Sommer 2004 angestrebte Regierungsbeteiligung, weiterhin verschoben werden.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden innenpolitischen Krise wird die Immigrationsdebatte als Identitätsdebatte des Staates Israel weiter geführt. Diese Auseinandersetzung wird durch Maßnahmen wie dem „Israeli Citizenship Law“, der Abschiebung von Fremdarbeitern, und dem Schlagwort der „demographischen Gefahr“¹⁶ immer brisanter. Minderheitenrechte und Bürgerrechte nicht-jüdischer Israelis müssen daher ein zentrales Anliegen in der israelischen Innenpolitik bleiben.

Die Krise des politischen Systems verursacht durch die verschärfte Haushaltskrise, Vorwürfe von Korruption und Vetternwirtschaft, und die mangelnde Funktionsfähigkeit kommunaler Strukturen zwingt die politisch Verantwortlichen zur Bildung neuer Koalitionen mit dem Dritten Sektor. Ein massiver Vertrauensverlust in die staatlichen Strukturen, die Schwächung ihrer Macht und Anerkennung auf nationaler und lokaler Ebene, hat gleichzeitig positive Auswirkungen auf alternative, bürgerschaftliche Initiativen und lässt deren Möglichkeiten der Einflussnahme auf kommunalpolitische Entscheidungen wachsen. Die wirtschaftliche Situation wird sich kurzfristig nicht entspannen. Die bisher von den politisch Verantwortlichen kaum wahrgenommene Verarmung breiter Teile der israelischen Gesellschaft stellt eine außerordentliche Herausforderung für die politische Zukunft dar.

Die internationale Kritik an der israelischen Vorgehensweise gegenüber den Palästinensern hat aus den oben genannten Gründen praktisch keine Wirkung auf die politische Diskussion und Praxis in Israel. Um in diesem Zusammenhang Anknüpfungspunkte für die Kommunikation und den Austausch mit israelischen Sichtweisen und Vorstellungen wiederzubeleben, sind systematische themenspezifische Kontakte zwischen deutschen und israelischen Partnern, die über das Thema des Konfliktes hinausgehen, von besonderer Wichtigkeit.

Julia Scherf, Tel Aviv Juli 2004

Anmerkungen

¹ Beispiel: Finanzminister B. Netanyahu, Herzliya Konferenz 19.12.2003

² vgl. hierzu Under the Rubble, Amnesty International Sonderbericht, 2004.

³ Adva Centre, Jahresbericht 2003

⁴ Editorial Ha'aretz, 18.2.2004

⁵ Ha Moked, Report in Ha'aretz, B6, 24.10.2003

⁶ Uri Gash, Ha'aretz, 8. 8. 2003

⁷ Report on Trafficking, 2003, Ha Mokhed, Adva

⁸ Mossawa, Socio Economic Report on the Arab Citizens and Local Councils, 2004

⁹ Nationality and Entry into Israel Law, Temporary Order 5763-2003

¹⁰ Centre For the Study of National Security, Haifa University, 2004

¹¹ Ha'aretz, 25.5.2004, www.haaretz.com

¹² ADALAH NEWS UPDATE, 14.10.2003

¹³ ILA Entscheidung 952, seit 21.1.2003 in Kraft

¹⁴ Heralth Ministry of Israel, Statistik for 2003

¹⁵ Ha'aretz, 1.6.2004, Ran Reznick

¹⁶ Beispiel: Finanzminister B. Netanyahu, Herzliya Konferenz 19.12.2003